

DIE SCHWÄCHE EUROPAS ÜBERWINDEN: DOPPELTE DEMOKRATIE

Eingabe an die Präsidenten der Institutionen der Europäischen Union und der Fraktionen des Europäischen Parlaments

Bewohnt vom Gefühl, seit der Finanzkrise von 2008, eine schleichende Wiederherstellung des alten europäischen Systems souveräner Staaten zu erleben, während die Regierung der Bundesrepublik Deutschland durch ihren Finanzminister den Parlamenten, europäischen oder nationalen, öffentlich das legitime Recht verweigert, über grundlegende wirtschaftspolitische Entscheidungen zu beraten,

Verletzt durch die Neigung der Staaten, diese Entscheidungen in technokratischen, staatlichen oder zwischenstaatlichen Foren zu treffen und im Geheimen zu entscheiden,

Sicher, dass das Zögern der Mitgliedstaaten und der Union angesichts der dringenden und wachsenden Unaufschiebbarkeit komplexer und weitreichender Entscheidungen dem allgemeinen Interesse des europäischen Volkes und künftiger Generationen zuwiderläuft,

Bedauernd über die Taubheit der Staats- und Regierungschefs gegenüber den Vorschlägen zur Überarbeitung der derzeitigen Politik und zur Festlegung einer alternativen und nachhaltigen Wachstumsleistung,

wenden sich

die Autoren dieser Eingabe:

an diejenigen, die durch unsere Verträge befugt sind, uns zu vertreten, die allgemeine Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten zu koordinieren und im Namen ihrer Wähler öffentlich zu beraten, und

unterbreiten ihnen einen Vorschlag, der keine Umwälzungen seitens der Institutionen erfordert, sondern den Weg für einen radikalen Richtungswechsel in der Union ebnet, der eine doppelte Demokratie, eine nationale und eine europäische, schafft.

In Übereinstimmung mit der Methode, die im vorigen Jahrhundert im europäischen Aufbauwerk vorherrschte, bevor die Wirtschaft Vorrang vor der Politik und die Finanzen vor der Wirtschaft hatten,

1) basiert dieser Vorschlag auf einem "Gesamtkonzept", das mit der gegenwärtigen Praxis der Anpassung an dominante, interne oder externe Interessen, die denen der Bevölkerung fremd sind, bricht (I bis VI).

2) impliziert dieser Vorschlag eine "Bündelung" der Ressourcen und die "Einheit von Vision und Handeln", zu deren Herstellung die verantwortliche Ausübung der den einzelnen Organen übertragenen Aufgaben nach Buchstaben und Geist der Gründungsverträge ausreichen würde (VII bis XII).

Teilung bedeutet Schwäche. Teilung zerstört Europa. Deshalb war früher die Rede vom Aufbau Europas. Es ging darum, Einheit zu schaffen. Nicht die aus der Vergangenheit ererbte Zersplitterung in eine unbestimmte Zukunft zu übertragen.

Seitdem Stillstand die Regel ist, es „keine Alternative“ mehr gibt und die Idee des sozialen Fortschritts Europa verlassen hat, hat sich die Sprache verändert. Wir sprechen nicht mehr von Aufbau: Europa ist kein Entwurf mehr, oder gar ein Plan. Europa ist nichts anderes als eine Absicht, das „europäische Projekt“, wenn nicht gar eine bloße Projektion seiner Schwächen auf die Welt und auf künftige Generationen.

Da wo die Gründer der vierziger und fünfziger Jahre das nächste halbe Jahrhundert aus globaler Sicht betrachteten, wozu zwei Kriege und die große Depression sie bekehrt hatten, fällt es den heutigen politisch Verantwortlichen, die in ihren Staats- und Parteiapparaten verwurzelt sind, schwer, über die Außengrenzen des Binnenmarkts oder des Euro-Währungsgebiets zu blicken, ja nicht einmal über die eigene Landesgrenze. Sie trauen sich kaum, über die nächsten nationalen oder europäischen Wahlen hinaus zu denken und dazu Vorstellungen zu entwickeln. Das ist „**die Tragödie der Horizonte**“, räumliche und zeitliche. Die öffentliche Gewalt versagt. Beschäftigung und Währung, und jetzt auch die Natur, bleiben den im Wesen instabilen Launen der Finanzen ausgeliefert.

Um die Rückkehr alter Dämonen abzuwehren, wird die Politik auf den dauernden Kampf von Interessensgruppen und etablierter Macht reduziert, damit die vermeintlich destabilisierenden Effekte der öffentlichen Debatte und der demokratischen Konfrontation durchkreuzt werden. So reproduziert sie den Status Quo auf unbestimmte Zeit oder verschlimmert ihn unter dem Deckmantel von Gegenreformen. Zugleich stärkt sie die Geschäftsgrundlage der politischen Extreme ständig weiter. Als Endlosschleife! So ist höchste Wachsamkeit geboten: Eine Demokratie bleibt bei Dauerkonsens nicht lange eine Demokratie.

Ebenso können die Regierungen und Institutionen nicht länger so tun, als ob es ausreichen würde, Elemente der Gegenwart einfach fortzuschreiben, nach vorn zu projizieren, um kurzfristige Wahl- oder Finanzinteressen zu befriedigen, ohne sich jemals wieder dem ursprünglichen **Problem** der Einheit der Europäer zu stellen, das die Gründer lösen mussten. Das „Projekt“ ist das „Problem“ (πρόβλημα), "was nach vorne geworfen wird " wie im Altgriechischen.

Die Daten des Problems haben sich geändert. Mit der Entscheidung eines Mitgliedstaates - eine Premiere -, die Europäische Union zu verlassen, und mit dem Machtantritt eines protektionistischen und isolationistischen Plutokraten in Washington, besteht das Problem nicht mehr wie in den 1950er Jahren in der Einheit für den Wohlstand unter amerikanischem Schutz, sondern in **der Einheit für die Sicherheit aus eigenen Mitteln**. Die Europäer, die sich stets dem Gebot von Symmetrie im Bündnis kollektiv entzogen haben, können nicht mehr zögern und müssen globale Verantwortung in einer Welt der Kontinente auf eigene Rechnung übernehmen, instabil und unsicher wie sie ist.

Es ist an der Zeit das Problem der Einheit neu zu bewerten, ohne dass das Wünschenswerte für übermorgen die Augen vor dem, was für die Zukunft notwendig ist, verschließt und ohne die Notwendigkeiten von heute in die Möglichkeiten von gestern einzusperren.

Als zum ersten Mal die Frage nach der Sicherheit aus Eigenmitteln aufgeworfen wurde, ging es darum, die amerikanische Forderung nach deutscher Aufrüstung zu befriedigen, ohne wieder eine deutsche Nationalarmee aufzubauen. In Frankreich standen die nationalen Repräsentanten im Weg. Und weil diese

Frage nicht beantwortet wurde, hat das europäische Aufbauwerk den Weg des Marktes und der für sein reibungsloses Funktionieren notwendigen Politiken eingeschlagen. Und die Gemeinschaft fuhr fort.

Eine rückblickende Betrachtung möchte der Vorstellung Glauben schenken, dass die Marktwirtschaft und der Wettbewerb ausreichen, um eine freie und wohlhabende Gesellschaft zu schaffen, und dass das Recht ausreicht, um ein freies Spiel auf dem Markt zu gewährleisten. Aber diese Sichtweise ignoriert das Gesetz der Integration, wie es Monnet vorschwebte: Es ging nicht darum, „souveräne Staaten zu vereinen“, dem er misstraute, sondern darum, „Menschen zu vereinen“. Es waren alle Kräfte der Gesellschaft, nicht nur die des Markts oder des Gelds, die sich zusammenschließen mussten, ohne sich zu verschmelzen, und die allmählich eine „De-facto-Solidarität“ von unten nach oben und eine politische Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit, die mehr ist als diejenige der einzelnen Staaten zusammen, hervorbrachten. Den Aufbau Europas auf den Frieden der Staaten zu beschränken, bedeutet, den Zement des breiten Einvernehmens zu verschleiern, der seit langem Gegenstand des sozialen Fortschritts ist.

Doch was in der Nachkriegszeit unter einem durch die internationale Währungsstabilisierung, die Multilateralisierung des Handels und die Integration beschleunigten Wachstums galt, als die Finanzwirtschaft **im Dienste** der Realwirtschaft stand, die ihrerseits von staatlicher Seite reguliert wurde, war offensichtlich nicht mehr gültig, nachdem der freie Kapitalverkehr (1990) die Reihenfolge der Faktoren umgekehrt hatte. Die Finanzwirtschaft ist jetzt **federführend**, und ihr Einfluss erstreckt sich von der Wirtschaft bis zur Gesellschaft als Ganzes, ohne Institutionen zu schonen, wie das Einvernehmen zwischen Bankensystem und dem politischen System bezeugt.

III

Die Einführung der Finanzen, die bereits globalisiert sind und als effizient und damit als selbstregulierend angenommen werden, in den Wirtschaftsraum ohne Binnengrenzen bedeutete den Verzicht auf die politische Fähigkeit zur gemeinsamen Entscheidungsfindung und zum gemeinsamen Handeln, was von der Integration erwartet wird, und sie durch eine Regulierung durch Finanzmärkte zu ersetzen, wozu diese nicht fähig sind, wie die systemischen Finanzkrisen, die sich seit Mitte der 90er Jahre entwickelt haben, zeigen. Ausgehend von einem Prozess, der von einem System souveräner Staaten zu einer Fortschrittsgemeinschaft führen sollte, entwickelte sich die Integration zu einem Marktfundamentalismus, unter Wahrung des Prinzips der Währungsneutralität und bei Feindseligkeit gegen monetäre und finanzielle Regulierung im Euroraum.

So konnte die EZB erst in der Krise 2010-2013 eine *lender of last resort*-Funktion erfüllen. So haben sich nach einer kumulativen Logik die Divergenzen in der Verschuldung und Entwicklung der Mitgliedsländer ausgeweitet. Dadurch blieben aber in der Eurozone zehn Jahre nach der globalen Finanzkrise die Funktionen des Kreditnehmers und des Investors letzter Instanz unbesetzt.

Die **Finanzialisierung** der europäischen Wirtschaft beweist ihren Schaden, indem sie Divergenzen vergrößert und das Vertrauen der Bürger in die Union, in ihre Mitgliedstaaten und in die Politik zerstört. Der Weg ist frei für das alte Bündnis der Profiteure von nationalen Souveränitäten und Grenzen, das sich in Europa seit zwei Jahrhunderten ständig neu formiert.

IV

Die Umkehrung der Reihenfolge der Faktoren hat die Integration verändert, indem sie die „De-facto-Solidarität“ auf die gegenseitige Abhängigkeit konkurrierender Märkte reduziert und in einen verzweifelten Wettlauf um die niedrigsten Löhne, Sozialabgaben und Steuern hineingezogen hat: Desintegration und sozialer Rückschritt sind in Bewegung und schwächen Europa.

Auch die Frage der Sicherheit aus Eigenmitteln stellt sich angesichts von Terrorismus und Migration neu, allerdings ohne glaubwürdige Antwort, solange die Europäer in ungeordneter Formation reagieren. Was den Kontinent betrifft, so hängt seine Sicherheit von der Furcht Washingtons und Moskaus vor einer direkten und damit beispiellosen bewaffneten Konfrontation zwischen ihren Streitkräften in Europa und der per definitionem unbekanntem Ausweitung von „Lebensinteressen“ ab, die die Existenz der französischen Abschreckung rechtfertigen sollen.

Es wäre freilich ein ebenso fataler Fehler, sich auf diese Vorstellung von Sicherheit durch Stellvertreter zu beschränken wie auf eine Vorstellung von Wohlstand durch Laissez-faire. Dies umso mehr, als die Europäer von der Integration nicht nur **physische** oder gar **soziale Sicherheit**, sondern auch **politische, ökologische, ökonomische und finanzielle Sicherheit** erwarten. Um diese Sicherheit zu gewährleisten, müssen die Kräfte mit dem Ziel gebündelt werden, die Welt zu beeinflussen und für die Zukunft eine nachhaltige Regulierung der Wirtschaft und ein nachhaltiges Sozialmodell zu entwickeln. Das Erbe Europas und das Potenzial für kritisches Denken, demokratische Praxis und politische Erfindung würden dem Rückzug ins Nationale nicht standhalten. Die Europäer haben Besseres zu tun.

Es geht also nicht darum, die Aufmerksamkeit von den physischen und sozialen Sicherheitsbedürfnissen abzulenken, für die die nationale Souveränität bis auf weiteres verantwortlich ist, vorzugsweise in Zusammenarbeit, solange die Bürger selbst nichts Anderes verfügt haben, sondern es ist notwendig, auf das Bedürfnis nach politischer, ökologischer, wirtschaftlicher und finanzieller Sicherheit hinzuweisen, das kein nationaler Staat allein in Europa zu befriedigen vermag. Es besteht daher die Notwendigkeit einer gemeinsamen Aktion auf der Grundlage eines eigenen Budgets, um die Maßnahmen der Staaten zu ergänzen. Dies kann man als „**europäischen Mehrwert**“ bezeichnen. Und gerade dieses Erfordernis wirft die Frage nach der Demokratie in der Union und in der Eurozone auf.

V

Im Prinzip ist Demokratie das System, in dem die Ausübung der Macht den Bürgerinnen und Bürgern obliegt. Die politische und finanzielle Grundlage der modernen Demokratie ist, dass ein Staatshaushalt existiert der der Kontrolle eines Parlaments unterworfen ist. Gelebt wird die Demokratie mittels des Staatshaushalts, der kollektive Präferenzen zum Ausdruck bringt. Daraus folgt, dass die Europäische Union ohne einen entsprechenden und bedeutenden Haushalt keine Demokratie, sondern eine Regulierungsmaschine ist.

Die tiefgreifende Umgestaltungen, wie der Vertrag von Rom 1957 für den Markt oder der Vertrag von Maastricht 1992 für die Währung, bestehen darin, einen demokratischen Pakt zwischen souveränen Staaten zu schließen, der der Union einen beträchtlichen Haushalt und damit die Fähigkeit verleiht, unabhängig von der Haushaltspolitik der Staaten zu entscheiden und zu handeln. Der Schlüssel zur Entstehung dieser gemeinsamen öffentlichen Macht liegt in der Aufstockung und Umstrukturierung des **EU-Haushalts**.

Logischerweise wäre es nicht nur Aufgabe der Staats- und Regierungschefs Deutschlands und Frankreichs, die behaupten, die Initiative gemeinsam weiterzuführen, sondern auch aller anderen, die ein objektives Interesse an Währungs- und Finanzstabilität haben, die gesamte Union und ihre gemeinsamen Institutionen zu diesem Wandel zu führen. Auf diese Weise könnten sie zugleich die Schwäche Europas, die wirtschaftlichen und finanziellen Mängel einer Währungsunion ohne gemeinsame Haushaltspolitik sowie die Unfähigkeit des Kontinents, wirksam und im Rahmen seiner Verantwortlichkeiten und Ressourcen zum Energiewandel und zur nachhaltigen Entwicklung beizutragen, überwinden.

Diese Geste ist der Übergang Europas hin zu einer „**doppelten Demokratie**“, einer Demokratie, die sowohl national als auch europäisch ist. Ohne diese Doppelung werden die machtlosen Staaten - und die impotente Union - die politischen, ökologischen und finanziellen Sicherheitsbedürfnisse der Europäer weiterhin

getrennt betrachten. Eine menschenwürdige Gesellschaft kommt nicht ohne eine gesicherte materielle Basis aus, die wiederum ein günstiges natürliches Umfeld verlangt. Es ist notwendig, diese Bedürfnisse in gutem Maß miteinander in Einklang zu bringen, um sie zu befriedigen und dem aktuellen Handlungsbedarf entsprechend anzupassen. Erst dann werden die Europäer wieder ein Gefühl der Sicherheit und damit der Freiheit erleben. Angst wird gebannt und Vertrauen wiedergeboren.

VI

Wenn man das europäische politische System als eine doppelte Demokratie betrachtet, kann man die Handlungsvollmacht legitimieren, die der Union als öffentlicher Autorität durch einen substanziellen **Haushalt** verliehen würde. Und man gibt souveränen Staaten, insbesondere ihren Parlamenten, Haushaltsbefugnisse, die ihnen im Euroraum durch die zwischenstaatliche Kooperation – unpassend für die Regierung einer Währungsunion – vorenthalten werden. Dann würde man die Möglichkeit eines Abstimmungsprozesses der Haushaltspolitiken schaffen, der legitim ist und daher von den Bürgerinnen und Bürgern politisch akzeptiert wird.

Die Union hat die richtige Größe, um langfristige und sehr langfristige Investitionen (LFI und SLFI) zu tätigen, die mit der intrinsischen Instabilität der Finanzmärkte konfrontiert sind. Es sind Investitionen, die den **europäischen Mehrwert** produzieren, wie es in dem hochrangigen Bericht über die Eigenmittel (Monti-Bericht) dargelegt und illustriert wurde.

In der doppelten Demokratie sind es die Bürgerinnen und Bürger selbst, die durch die Wahl des Europäischen Parlaments die großen europäischen öffentlichen Politiken bestimmen, deren Auswirkungen sich zu denen der öffentlichen Politiken fügen, die jeder Mitgliedstaat gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in seinem eigenen Namen durchführt. Dieser Mehrwert stellt ein Gemeinwohl dar, das die Grundlage für eine europäische Bürgergemeinschaft bildet, ebenso wie die soziale Solidarität die Grundlage für die nationalen Bürgergemeinschaften in Europa darstellt.

Es ist die Suche nach politischer, ökologischer und ökonomischer Sicherheit, die eine Veränderung des Verhältnisses von Finanzen und Politik voraussetzt. Die Tatsache, dass die nationalen Wahlzyklen nicht zusammenfallen, und das finanzielle Risiko sind wesentliche Hindernisse für die Kontinuität einer europäischen politischen Ausrichtung. Die Autonomie dieser Orientierung in Bezug auf Entscheidungen der Mitgliedstaaten und der finanziellen Interessen ist eine Voraussetzung für ihre Nachhaltigkeit oder für das, was man als **politische Sicherheit** bezeichnen kann. Die naturgemäß systemische Abdeckung von Klimarisiken erfordert gemeinsame Versicherungsmechanismen, die weit entfernt von den Möglichkeiten der Marktfinanzierung sind. Der Finanzkapitalismus, der eine bedeutende Verantwortung für die sinnlose Verschwendung von Ressourcen und die Verschlechterung der natürlichen Umwelt trägt, ist nicht in der Lage, **ökologische Sicherheit** zu schaffen. Schließlich ist er auch die Quelle unverhältnismäßiger Ungleichheiten und Unsicherheit sowie enormer territorialer Disparitäten. Angesichts dieser großen Verwerfungen erfordert die demokratische Akzeptanz wichtiger generationenübergreifender Entscheidungen auf europäischer Ebene ein Prinzip der **wirtschaftlichen Sicherheit** für alle und überall.

VII

In der **Europäischen Union** wäre daher eine weitergehende Integration zum jetzigen Zeitpunkt nicht legitim, wenn es sich lediglich um eine institutionelle oder regulatorische Integration handelte. Und die Versuchung der Union, sich an den Markt zu wenden, um ihre eigenen Mängel auszugleichen, wäre sinnlos, ja sogar gefährlich: Die zur Abwendung größerer Risiken erforderlichen Investitionen sind selbst Wohlstand der Europäer alle Kompetenzen betrifft zu riskant, als dass sich die Marktfinanzierung dazu verpflichten könnte. Weder ihr Zweck noch ihr Umfang liegen in der Reichweite der Mitgliedstaaten allein. Sie sind jedoch für die

gesamte Union und nicht nur für die Eurozone von Interesse. Die Union, wenn ihre Eigenmittel ausreichen, und alle ihre Mitgliedstaaten könnten daher die Verantwortung mittragen: LFI und SLFI gehen über das Subsidiaritäts-prinzip hinaus, weil ihr Beitrag zum.

Es geht nicht darum, Einnahmen und Ausgaben aus den nationalen Haushalten, die Gegenstand von Haushaltsentscheidungen der Regierungen sind, nach dem trägerischen Prinzip des „fairen Rückflusses“ auf die Union zu übertragen. Im Gegenteil: die souveränen Parlamente sollten der Union endgültig und rechtmäßig neue Steuereinnahmen zur Verfügung stellen, wie sie zur Finanzierung und Gewährleistung der Finanzierung von Gemeinschaftsgütern mit europäischem Mehrwert erforderlich sind.

Oftmals werden neue Steuern und Abgaben ins Auge gefasst: Körperschaftsteuer, Gewinnsteuer, CO₂-Steuer, Finanztransaktionssteuer, Datenflusssteuer, usw. Sie sind alle umstritten, nicht immer aus gutem Grund. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten, verarmt durch Schuldzinsen und dann durch die Politik des Schuldenabbaus, müssen sich daher zunächst zwei einfache Fragen stellen: Welche Steuern würden langfristige Investitionen begünstigen? Welche Steuern würden Steuerumgehung erschweren?

Die Ausgaben, insbesondere für LFI und SLFI, werden von vornherein mit der „Tragödie der Horizonte“ konfrontiert, da die Regierenden immer zum Glauben tendieren, die Katastrophe warte bis zum Ende ihres Mandats oder würde die Antipoden treffen. Die radikale Unsicherheit kollektiver, technologischer und klimatischer Risiken konterkariert die üblichen Bewertungsmethoden, mit denen Investitionsentscheidungen getroffen werden. Die Überwindung der Tragödie räumlicher und zeitlicher Horizonte erfordert daher eine multilaterale Zusammenarbeit über den Kontinent hinaus sowie eine Kontinuität der öffentlichen Politiken jenseits von Wahlzyklen.

In der Europäischen Union ist daher ein parteiübergreifender mehrjähriger **demokratischer Pakt** notwendig, um:

- 1) über 30 Jahre hinweg kohärente Politiken zu entwickeln, die den Privatsektor dazu bringen, die digitale Technologie in den Dienst der Menschheit zu stellen und die Zerstörung der Natur zu bekämpfen; und
- 2) die Finanzierung von Investitionen in Höhe von mehreren zehn Trillionen Euro zu gewährleisten. Es ist das Bestreben, dem Ziel sozialen Fortschritts im 21. Jahrhundert Inhalt zu verleihen.

VIII

Die Frage nach der **makroökonomischen Stabilisierung** stellt sich in erster Linie für den Euroraum. Die Probleme, die sich aus den Interdependenzen in einem Wirtschaftsraum mit einheitlicher Währung ergeben, der zwischen Gläubiger- und Schuldnerstaaten polarisiert ist, sind im Rahmen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit nicht lösbar. Außerdem hat der Automatismus willkürlicher Regeln katastrophale Auswirkungen. Damit die Anpassung angesichts asymmetrischer Schocks in einer Währungsunion wirksam und legitim sein kann, müssen die Wirtschaftspolitiken unter parlamentarischer Kontrolle in Einklang gebracht werden.

Daher ist es notwendig, die Methode zu ändern und den Entscheidungsprozess im Euro-Währungsgebiet zu verbessern. Das derzeitige Verfahren, um die nationalen Haushalte mit den mehrjährigen Programmen zur Stabilisierung der Haushalte vereinbar zu machen, die einzuhalten die Regierungen sich verpflichten, ist das „Europäische Semester“. Seine Reform wäre der Übergang von der Regierungszusammenarbeit zur Ko-Regierung, von Verhandlungen zu Beratungen.

Das neue Verfahren stellte sich zweigeteilt dar:

1) Erstens, zunächst Vertrauen aufbauen! Die Regierungen sollten sich zu Beginn des Halbjahres auf eine Gesamtbewertung der makroökonomischen und haushaltspolitischen Lage im Euro-Währungsgebiet, die für das Euro-Währungsgebiet von einem Gremium unabhängiger Sachverständiger bei Beachtung aller Wechselwirkungen erstellt wurde, einigen. Dies ist vergleichbar mit der Arbeit der nationalen Hohen Räte für öffentliche Finanzen. In die Bewertung würden auch die makroökonomischen Auswirkungen des EU-Haushalts eingehen. Dieser unabhängige Rat würde zur Aufteilung der nationalen Anstrengungen zur Haushaltsanpassung Empfehlungen aussprechen, um diese symmetrisch zu gestalten. Über diese Aufteilung sollte das **Europäische Parlament** seine Stellungnahme abgeben.

2) Zweitens, in Folge Kohärenz legitimieren! Ein interparlamentarischer Haushaltsausschuss des Euro-Währungsgebiets, in dem beispielsweise die Vorsitzenden der Finanzausschüsse der nationalen Kammern oder jede andere Form der Vertretung **nationaler Parlamente** repräsentiert sind, würde die Leitlinien für eine konzertierte Politik festlegen, die von den Staats- und Regierungschefs der Länder des Euro-Währungsgebiets bestätigt werden und die diese Länder unter der Aufsicht ihrer jeweiligen Parlamente umsetzen würden.

Es steht frei, diesen Mechanismus in Form einer allgemeinen Haushaltslinie um einen **Fonds für wirtschaftliche Stabilisierung für das Euro-Währungsgebiet** zu ergänzen (im Gegensatz zu der finanziellen Stabilisierung, für die der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zuständig ist). Letzterer soll als dem Ermessen überlassener Stabilisator gegen schwere asymmetrische Schocks fungieren. Ein solcher Fonds sollte über einen Konjunkturzyklus hinweg annähernd neutral sein.

In einer ersten Phase der Konzertierung übernehme das Europäische Parlament die Kontrolle über die symmetrischen Haushaltsanpassungen und, auf Dauer, über den Stabilisierungsfonds, wenn er geschaffen wird. Eine Vertretung der nationalen Parlamente würde in der zweiten Phase der Konzertierung über eine aggregierten Haushaltspolitik für den Euroraum beraten. Beide Konzertierungen würden **eine doppelte, europäische sowie nationale, Demokratie** im Rahmen des europäischen Semesters verwirklichen.

IX

Die andere Frage, mit der sich der Euroraum konfrontiert sieht, ist seine **finanzielle Stabilität**, definiert als eine Situation, die das Entstehen systemischer Risiken verhindert: Sie hängt in erster Linie von der Vollendung der **Bankenunion** ab.

Das Euro-Währungsgebiet wird erst dann geschützt, wenn das Staatsrisiko vereinheitlicht ist und ein Euro, wo immer hinterlegt, voll fungibel ist. Der Weg zu einer „einheitlichen“ Währung im wahrsten Sinne des Wortes führt zunächst über die Bestätigung der Rolle eines *lender of last resort*, die die EZB bereits übernimmt. Danach führt er über eine einmalige Garantie (*single backstop*) für den einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF), der im Jahre 2016 im Rahmen des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) geschaffen wurde. Diese Garantie könnte aus einer Kreditlinie des ESM bestehen. Schließlich führt der Weg über ein europäisches Einlagensicherungssystem in Form einer Rückversicherung der nationalen Versicherungssysteme. Dieses europäische System würde dabei durch Prämien der Banken finanziert, im Austausch für die durch die EZB garantierte Sicherheit der Zahlungen zwischen Banken.

Auch ist es für diese finanzielle Stabilität notwendig, die Bankentrennung nochmals zu hervorzuheben und den Kapitalmarkt zu vereinheitlichen: In diesem Bereich begünstigen protegierte nationale „Jagdreviere“ das ungesunde Zusammenspiel von Finanzen und Politik und schwächen die Widerstandsfähigkeit der Eurozone.

X

Jenseits der Europäischen Union könnte der Euroraum noch zwei wichtige Beiträge zur Entwicklung der multilateralen Zusammenarbeit leisten, welche Auswirkungen auf die Union als Ganzes und auf den gesamten europäischen Kontinent haben würden:

1) die Vertretung der Euroländer im IWF zu vereinheitlichen, um in dieser Institution eine politische Rolle zu spielen, die dem Gewicht des Euro auf den Kapitalmärkten entspricht, wenn das internationale Währungssystem in einer Weise reformiert sein wird, dass es an eine pluripolare Welt angepasst ist, und die Sonderziehungsrechten (SZR) als globales Instrument zur Herstellung monetärer und finanzieller Stabilität fördern kann;

2) den anderen europäischen Staaten die Schaffung eines Währungsfonds des europäischen Kontinents (WFEK) zu eröffnen, wo die Idee relevant ist, selbst da, wo nicht alle Staaten Demokratien sind, um im Krisenfall auf lokaler Ebene die erforderlichen Mittel zur finanziellen Sicherheit im nahen Umfeld des Euro zu mobilisieren, um die Erweiterung der Eurozone und/oder den Beitritt neuer Länder zur EU unter optimalen Bedingungen vorzubereiten oder um den demokratischen Wandel zu begleiten: Dieser Fonds, dessen Kapital die EZB sowie die anderen Zentralbanken des Kontinents halten würden, könnte den Auftakt zu einer allgemeinen „Kontinentalisierung“ des IWF bilden.

XI

Die Finanzierung von Gemeinschaftsgütern mit europäischem Mehrwert durch die Europäische Union, die makroökonomische Stabilisierung und die finanzielle Stabilisierung der Eurozone, der Beitrag zur allgemeinen Währungs- und Finanzstabilisierung sind daher die gemeinsamen Aktionen, die von der Gesamtsituation Europas in der Welt gefordert werden. Dies bedeutet, dass die makroökonomische Stabilität im Euroraum nicht von einer Entwicklungsstrategie getrennt werden kann, die den EU-Haushalt verpflichtet.

Europa leidet unter einem katastrophalen Rückgang der öffentlichen Investitionen in Quantität (50% Rückgang der öffentlichen Nettoinvestitionen der EU in Prozent des BIP seit Beginn der Finanzialisierung der Volkswirtschaften) und in Qualität (laut *Weltwirtschaftsforum*). Die Transformation der Wachstumsleistung für die Produktion von Gemeinschaftsgütern, die Europa zur Bewältigung der Herausforderungen des Klima-, und damit Energie-, Verkehr- und Urbanisierungswandels braucht, erfordert jedoch langfristig zusätzliche Investitionen, die die Europäische Kommission derzeit auf 200 Milliarden Euro pro Jahr schätzt. Darüber hinaus erfordert der Zerfall der Weltordnung durch die Vereinigten Staaten, verbunden mit dem Aufstieg der kontinentalen Mächte Asiens, eine politische Autonomie Europas und damit ein gemeinsames Verständnis von sozialem Fortschritt als Voraussetzung für seine Einheit.

Eine Stabilisierung des Euroraums ist daher nur auf der Grundlage langfristiger europäischer Investitionen möglich. Im Sinne des Programms, „Juncker-Plan“ genannt, das auf dem von der EIB verwalteten Europäischen Strategischen Investitionsfonds (ESIF) basiert, sollte eine leistungsfähigere und effizientere Struktur die drei Arten von Akteuren, europäische und nationale, einbeziehen, die eine entscheidende Rolle bei der Umstellung des Finanzsystems spielen können:

1) die unter der Leitung der EIB vernetzte öffentliche Entwicklungsbanken und andere öffentliche Investoren mit ihrem gemeinsamen Fachwissen, die zur Finanzierung großer und langfristiger Projekte benötigt werden,

2) die verantwortlichen institutionellen Investoren, die in der Lage sind, die *Corporate Governance* an den Umwelt-, Sozial- und Governance (USG) Kriterien auszurichten und

3) die EZB, die grüne Anleihen in ihre makroprudentielle Politik einbeziehen kann.

Die in diesem Rahmen geschlossenen öffentlich-privaten Partnerschaften würden die Garantie für neue Kapitaleinlagen der öffentlichen Banken in den ESIF erhalten.

XII

Ein solches Investitionsprogramm mit einem Bestand an Projekten in Reserve, die für ihre Umsetzung bereit stehen, würde die langfristige Politik antizyklisch machen, und die Stabilisierung des Euroraums erleichtern. Eine indirekte antizyklische Unterstützung für eine europäische Politik der nachhaltigen Entwicklung wäre ein wertvoller Beitrag. Die Vollendung der Bankenunion ist auch entscheidend, um im Krisenfall einer Ansteckung mit Risiken entgegenzuwirken. Doch damit nicht genug. Als Rückgrat dieser Vereinbarung wird nach wie vor ein sicheres Gut benötigt, das nicht von der Finanzierungstechnik der Privatwirtschaft zur Verfügung gestellt werden kann. Vergessen wir nicht, dass der Anstieg der öffentlichen Verschuldung und der Zinsdifferenzen auf die Finanzkrise des privaten Sektors zurückzuführen ist.

Dies bedeutet, dass nur der ein sicherer Vermögenswert ist, der die Garantie der Zentralbank erhält. Durch das Halten eines diversifizierten Portfolios von Staatsanleihen und unter der Voraussetzung, dass die EZB dessen Zusammensetzung ändern kann, kann sie einen synthetischen, im Krisenfall vor Zinsdifferenzen geschützten Vermögenswert aufbauen.

Dennoch ist ein spezifischer antizyklischer Mechanismus für den Euroraum unerlässlich, um sowohl eine stabilisierende Finanzpolitik zu betreiben als auch gemeinsame Konjunkturschwankungen abzufedern und spezifische Schocks einzudämmen, die bestimmte Länder betreffen können. Eine gemeinsame Stabilisierungskapazität, wie sie kürzlich vom IWF vorgeschlagen wurde, wäre zu begrüßen. Sie wäre über einen ganzen Zyklus hinweg neutral, da die Konjunkturzyklen im Euroraum stark korreliert sind. Sie würde durch Beiträge von Ländern in guten Zeiten gespeist und antizyklisch ausgegeben. Die Auslösung von Transfers würde auf einem leicht messbaren Konjunkturindikator basieren. Die Regeln zur Festlegung der mittelfristigen Programme, die die Mitgliedsländer einhalten müssen, um für den Stabilisierungsmechanismus in Frage zu kommen, sollten natürlich vereinfacht und nur auf der Grundlage beobachtbarer Variablen definiert werden, beispielsweise der primären Haushaltssalden, von denen die Freiheitsgraden der Finanzpolitik abhängen.

Fazit

Neben der legitimen Notwendigkeit der Kohärenz und Kontinuität der wirtschafts- und währungspolitischen Prioritäten müssen wir jetzt natürlich von einer nachhaltigen Finanzierung als einem notwendigen Schritt nach vorn in der europäischen Integration sprechen. Um dem Ziel des sozialen Fortschritts im 21. Jahrhundert gerecht zu werden, müssen die Finanzmittel in innovative Investitionen und große Infrastrukturprojekte umgewandelt werden. Was zählt, ist ein Gemeinwohl, das verteidigt werden muss. Um dies zu erreichen, brauchen wir die Fähigkeit zur gemeinsamen Beschlussfassung und zum gemeinsamen Handeln auf Unionsebene, wobei wir die lange Zeit und die Solidarität zwischen den Generationen, mit der die Staaten so große Schwierigkeiten haben, in Angriff nehmen müssen. Es ist eine politische Entscheidung: **die doppelte Demokratie.**

Doppelte Demokratie

Die doppelte Demokratie ist die Besiegelung eines Paktes zwischen zwei gewählten Vertretungen, der des Europäischen Parlaments und der der nationalen Parlamente, um Europa als gemeinsame öffentliche Macht zu etablieren. Ziel dieses Paktes ist es also, die Europäer in die Lage zu versetzen, in einer Welt der Kontinente, die instabil und unsicher ist, aus eigenen Mitteln globale Verantwortung zu übernehmen und ihnen gleichzeitig einen sozialen und nachhaltigen Fortschritt im 21. Jahrhundert zu sichern. Um diese Ziele zu erreichen, ist es notwendig, der Union einen erweiterten und neu zusammengesetzten Haushalt zur Verfügung zu stellen. In diesem Rahmen würden die nationalen Parlamente wieder Freiheitsgrade erlangen, die sie mit dem derzeitigen zwischenstaatlichen Entscheidungssystem verloren haben.

Diese neue Handlungskompetenz ist der richtige Maßstab, um die politischen, ökologischen und finanziellen Sicherheitsbedürfnisse der Europäer zu gewährleisten. Der Pakt der doppelten Demokratie ist parteiübergreifend und mehrjährig, und dies, um:

- eine kohärente Politik über mehrere Jahrzehnte hinweg zu entwickeln, die in der Lage ist, den Privatsektor in den Dienst des Menschen zu stellen, die Zerstörung der Natur zu bekämpfen und die Energiewende und eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten;
- die Finanzierung von Dutzenden von Billionen Euro sehr langfristiger Investitionen über 30 Jahre durch Gewährleistung sowohl der Kontinuität der öffentlichen Politik über die Wahlzyklen hinaus als auch der antizyklischen Unterstützung einer ehrgeizigen europäischen Politik;
- schließlich die Kontrolle des Europäischen Parlaments über die Symmetrie der unweigerlich notwendigen Haushaltsanpassungen und gleichzeitig die Kontrolle der nationalen Parlamente über den aggregierten haushaltspolitischen Kurs des Euroraums zu gewährleisten.

Dieses System muss durch eine ganze Reihe von Maßnahmen ergänzt werden: die Vereinheitlichung des Kapitalmarktes, die Vollendung der Bankenunion, der Abschluss der Einlagensicherung, die Trennung der Banken und die Gründung europaweiter Banken. Im weiteren Sinne wird das Ziel darin bestehen, das Gewicht des Euro innerhalb des IWF zu stärken und anderen europäischen Staaten die Schaffung eines Währungsfonds des europäischen Kontinents (WFEK) anzubieten, der im Krisenfall die für die finanzielle Sicherheit der europäischen Umwelt notwendigen Mittel mobilisieren kann.